

Was bedeutet Föderalismus heute?

Europa ist eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Die europäischen Werte spiegeln sich in der Charta der Grundrechte. Die Charta ergänzt und stärkt den Grundrechtsschutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger, weitet diesen auf den europäischen Raum aus. Europa sorgt für Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit. Es sichert die Grundfreiheiten, damit auch die Reise- und Niederlassungsfreiheit, die Möglichkeit, im europäischen Ausland zu studieren, zu leben und zu arbeiten. Europa unterstützt eine Annäherung der Lebensverhältnisse in seinen Regionen und Mitgliedstaaten. Es schafft einen großen Markt mit gemeinsamen Regeln und Marktmacht in der Welt. Der so genannte „Mehrwert“ Europas wird an diesen Beispielen deutlich.

Dennoch greift diese Betrachtung zu kurz. Sie wird der „Zeitenwende“ nicht gerecht, und sie hat noch nie ausgereicht, einen europäischen Bundesstaat, der doch das Ziel der europäischen Föderalistinnen und Föderalisten ist, zu verwirklichen. Es wird nicht mehr ausreichen, Europa lediglich danach zu bewerten, welchen Nutzen es seinen Bürgerinnen und Bürgern bringt. Europa hat keine Zukunft, wenn die Mitgliedstaaten es weiterhin überwiegend als Aushandlungsort für die Durchsetzung nationaler Interessen missbrauchen. Europa hat eine Zukunft, wenn es als Gemeinwesen verstanden wird, das es zu bewahren und zu verteidigen und für das es nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben gilt.

Die Ukrainerinnen und Ukrainer zeigen auf beeindruckende Weise, wofür Europa steht: für die Freiheit. Das war es, wofür der Euro-Maidan stand. Das ist es, was sie seit dem Beginn der russischen Aggression vor neun Jahren verteidigen und wofür sie seit dem massiven militärischen Überfall, der am 24. Februar 2022 begann, den höchsten Einsatz bringen. Europa ist nicht nur ihre



Halle (Saale) ist Tagungsort unseres 66. Bundeskongresses am 14./15. Oktober 2023. Vor Kurzem hat die Saalestadt den Standortwettbewerb für das „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ gewonnen. Mehr dazu auf Seite 13.
Foto: Thomas Ziegler/Stadtmarketing Halle

Zukunft, für sie ist es überlebenswichtig. Sie verbinden mit Europa eine Hoffnung, die seiner Bedeutung als freiheitlichem und solidarischem Ordnungsrahmen gerechter wird als die oftmals kleinkrämerische Herangehensweise vieler Mitgliedstaaten.

Föderalismus bedeutet nicht, Ansprüche an die höheren Ebenen zu formulieren. Vielmehr gilt auch für Europa e pluribus unum – aus vielen eines. Der föderale Bundesstaat beschreibt keine zentralstaatliche Ordnung, ist aber weit mehr als ein loser Bund, in dem jeder Teil seinen eigenen Nutzen rücksichtslos zu maximieren sucht. Unser Europa wird von unten nach oben gebaut. Es geht aus von seinem Souverän, den Bürgerinnen und Bürgern. Das erklärt die hohe Bedeutung, die wir in unserer Union, der überparteilichen Europa-Union, den Kreis- und Ortsverbänden beimessen. Denn hier engagieren sich die Menschen auf lokaler Ebene für ihr europäisches Gemeinwesen. Es findet aber keine Nabelschau statt. Denn diese würde die lokale Gemeinschaft dem europäischen Gemeinwesen entgegensetzen.

Das Europa von heute krankt trotz vieler positiver Entwicklungen weiter an der Kurz-

sichtigkeit, am Egoismus seiner Bestandteile. Es fehlt an europäischem Gemeinsinn für das europäische Gemeinwesen. Es fehlt an konkreten Handlungen, die in Einklang mit gemeinsamem strategischen Denken stehen. Statt Gemeinsames zu befördern, wird allzu oft Trennendes beschworen.

Unsere Aufgabe in dieser turbulenten Zeit ist klar: Es geht nicht mehr nur darum, die Bürgerinnen und Bürger vom Mehrwert Europas zu überzeugen. Vielmehr kommt es jetzt darauf an, die Menschen zu motivieren, sich aktiv für ihr europäisches Gemeinwesen einzusetzen, das ihnen so viel Freiheit und Sicherheit und auch materiellen Wohlstand ermöglicht hat. Es geht darum, den Regierungen zu zeigen, dass sie mehr Verantwortung für das gemeinsame europäische Haus übernehmen müssen, dass schöne Worte in Sonntagsreden oder Koalitionsverträgen nicht mehr ausreichen, dass jetzt die tatsächliche Politik zählt. Die überparteiliche Europa-Union und die JEF Deutschland sind genau der richtige Ort für dieses Engagement.

Christian Moos,
EUD-Generalsekretär

Online-Bürgerdialog zu „Qatargate“

Am 9. Dezember 2022 stellte die belgische Polizei bei einer Großrazzia 1,5 Millionen Euro Bargeld sicher und verhaftete mehrere Verdächtige, darunter die damalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Eva Kaili. Seitdem ist die Aufarbeitung des Korruptionsskandals „Qatargate“ – sowohl juristisch als auch politisch – in vollem Gange. Wie konnte es so weit kommen? Benötigt das EU-Parlament strengere Transparenz- und Lobbyregeln? Diese Fragen prägten den Online-Bürgerdialog der EUD am 21. Februar.

Ein Stimmungsbild unter den Mitwirkenden und Teilnehmenden ergab, dass unter ihren ersten Reaktionen zunächst Bestürzung und Schock vorherrschten. Timo Lange von LobbyControl wies darauf hin, dass der Korruptionsskandal vor allem eine Steilvorlage für Europaskeptiker gewesen sei. Allerdings gestand er zu, dass das Europäische Parlament insgesamt gut reagiert habe – ganz im Gegensatz zum Deutschen Bundestag nach dem Bekanntwerden der „Maskendeals“. Der Leiter des ARD-Europastudios in Brüssel, Markus Preiß, prognostizierte, dass der Skandal bis zur Europawahl 2024 Nachwirkungen haben werde. Prof. Dr. Eva Heidbreder, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, verlieh vor allem ihrer Hoffnung Ausdruck, dass nun die Transparenz- und Lobbyregeln verschärft würden. Gabriele Bischoff MdEP verglich den Korruptionsskandal und seine Auswirkungen für das Europäische Parlament mit einem Erdbeben und konstatierte: „Die Art, wie wir arbeiten, wird sich ändern.“ Sie hob vor allem die Einrichtung einer unabhängigen

Ethik-Kommission hervor, die nun von einer großen Mehrheit im Parlament befürwortet werde. Markus Preiß verlieh daran anknüpfend seiner Verwunderung Ausdruck, dass Eva Kaili im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres „heimlich“, da sie kein Ausschussmitglied gewesen sei, an einer Abstimmung zu Visa-Erleichterungen für Katar teilnehmen konnte. Er räumte jedoch auch ein, dass sich, sofern kriminelle Energie vorhanden sei, Korruption und kriminelle Handlungen nicht gänzlich vermeiden ließen. Timo Lange bestätigte dies und präzisierte, dass Kontrolle, Aufsicht und Umsetzung geltender Regeln unabdingbar seien, um Regelabweichungen sanktionieren zu können.

Gabriele Bischoff hob hervor, dass Transparenz ein elementares Gut für die Demokratie und sie verwundert sei, wie viele Europaparlamentarier Neben- und Haupttätigkeiten hätten. Eva Heidbreder betonte, dass das Europäische Parlament bzw. die EU als Ganzes an ihren Gegenmaßnahmen gemessen werden. Die Tatsache, dass der „Realitätsschock“, den „Qatargate“ verursacht und der zu einer Gegenreaktion geführt habe, zeige, dass der Großteil der Parlamentarier auf die Bürgerinnen und Bürger hören würde. Es spiele folglich eine große Rolle, „wen wir ins Europäische Parlament wählen“.

Timo Lange nutzte die Gelegenheit, um ein Verbot für Lobbytätigkeiten von Abgeordneten sowie ein verpflichtendes Lobbyregister, auch für Drittstaaten, zu fordern. Damit konfrontiert hob Gabriele Bischoff die



Foto: European Union 2020 - Source EP

Bedeutung der Einigung auf eine unabhängige Ethik-Behörde hervor, räumte jedoch ein, dass noch unklar sei, ob über den 14-Punkte-Plan von Parlamentspräsidentin Roberta Metsola hinaus weitere Verschärfungen der Transparenz- und Lobbyregeln möglich seien. Wie auch Gabriele Bischoff zuvor stellte Eva Heidbreder die Bedeutung der Zivilgesellschaft heraus: Es sei ihre Aufgabe, insbesondere im Kontext der Europawahl im nächsten Jahr den öffentlichen Druck hochzuhalten und die Themen Transparenz und Lobbying auf der Agenda zu halten.

Angesprochen auf die Abschlussfrage, wie zuversichtlich sie seien, dass ein Skandal wie „Qatargate“ in den EU-Institutionen zukünftig nicht mehr vorkäme, machten sowohl Gabriele Bischoff als auch Eva Heidbreder und Timo Lange deutlich, dass sie optimistisch seien, dass die angekündigten Maßnahmen umgesetzt würden, sodass der nächste Skandal frühzeitiger von Whistleblowern aufgedeckt werden könne. ■

Neue Reihe: Rathausgespräche

Unter dem Titel „Stadt, Land, Europa!“ plant der EUD-Bundesverband in diesem Jahr vier Rathausgespräche. Hierfür werden als Kooperationspartner aktive Kreisverbände in kleinen bis mittelgroßen Städten gesucht, die vor Ort gut in die Kommunalpolitik vernetzt sind. Die Kosten für Raummiete und Technik übernimmt anteilig der Bundesverband. Themen können Europa vor Ort, Städtepartnerschaften oder auch EU-Fördermittel sein.

Kontakt für interessierte Kreisverbände: buergerdialoge@europa-union.de



Foto: DOC RABE Media / Fotolia

EUD/JEF-Sommerakademie in Fulda

Nach vierjähriger Pause veranstalten JEF und Europa-Union vom 30. Juni bis 2. Juli wieder eine Verbandsentwicklungs-Akademie, bei der sich Aktive aus dem gesamten Bundesgebiet treffen. Im Fokus des praxisorientierten Wochenendseminars stehen die Mitgliedergewinnung, die Bindung und Aktivierung von Mitgliedern sowie die Widerstandsfähigkeit im Ehrenamt, damit das Engagement auch in bewegten Zeiten eine persönliche Bereicherung bleibt.

Die Akademie richtet sich an aktive Vorstände sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die Freude daran haben, das erworbene Wissen für ihre Arbeit auf Landes-, Bezirks- oder Kreisverbandsebene zu nutzen und weiterzutragen.

Die Akademie findet in der Jugendherberge Fulda statt. Anmeldungen sind über die Webseiten von EUD und JEF bis zum 14. April möglich. ■



Gute Stimmung bei der Sommerakademie 2019 in Bad Hersfeld
Foto: EUD

Gesammeltes Akademiewissen online

Von allen Präsenz- und Online-Akademien der letzten Jahre gibt es ausführliche Dokumentationen. Die Themen reichen von Mitgliedergewinnung und -bindung, Neugründung von Kreisverbänden und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Fundraising und Digitalisierung. Lassen Sie sich inspirieren und erhalten Sie neue Impulse für Ihre Vereinsarbeit vor Ort. Neu in der Sammlung sind:

- Neustart für eingeschlafene und kleine Kreisverbände (31.01.2023)
- Ohne Moos nichts los – wie wir gute Ideen finanzieren (14.03.2023)

Download: www.europa-union.de > Aktivitäten > EUD-JEF-Akademie

Europawochen 2023

In diesem Jahr gibt es noch mehr Europa! Die Europaministerkonferenz hat beschlossen, die traditionelle Europawoche um den 9. Mai auf den ganzen Monat auszudehnen. Passend dazu wurde auch der EU-Projekttag an Schulen aus dem März auf den 22. Mai 2023 gelegt.

Die neuen Europawochen eröffnen uns nun noch mehr Möglichkeiten für Veranstaltungen, Aktionen und Kooperationen. Mit Blick auf die Absenkung des Wahlalters zur Europawahl auf 16 Jahre rufen wir alle Aktiven dazu auf, vor Ort bei der Gestaltung von EU-Schulprojekttagen mitzuwirken und dieses Thema dort aufzugreifen.

Wie immer unterstützt der Bundesverband die Aktivitäten der Kreis- und Landesverbände mit einem großen Angebot an kostenlosen Werbematerialien. Ob Flyer, Broschüren, Aufkleber oder unsere originellen Fahrradsattelschoner und Bierdeckel: Wir senden Ihnen gerne Materialien zu – so lange der Vorrat reicht.

Unsere Angebote sowie das Bestellformular finden sie auf www.europa-union.de > Service > EUD-Werbemittel. Verlinkt haben wir dort auch die Bestellmöglichkeiten bei den EU-Institutionen, die hochwertige Publikationen für alle Altersgruppen anbieten. Die Bundesgeschäftsstelle wünscht erfolgreiche Europawochen! ■



Foto: EUD

Petition: Europa in die Primetime!

Europa-Union Deutschland und JEF Deutschland sind Erstunterzeichnerinnen einer Petition, mit der die ARD dazu aufgefordert wird, eine politische Talkshow zur besten Sendezeit am Sonntagabend zu europäischen Themen und mit europäischen Gästen ins Programm zu nehmen. Die Petition, die von Europe Calling e. V. und Moritz Körner MdEP initiiert wurde, wurde auch von vielen Europaabgeordneten und zivilgesellschaftlichen Verbänden erstgezeichnet. Machen auch Sie mit und unterzeichnen Sie die Petition!

www.bit.ly/Petition-ARD



Federal Committee tagte in Brüssel

Am 11. und 12. Februar 2023 fand in Brüssel die Sitzung des FC der Union Europäischer Föderalisten (UEF) statt. Dank der Unterstützung von UEF-Vizepräsident Markus Ferber MdEP konnte die Sitzung am Samstag in der Hessischen Landesvertretung stattfinden. Der Leiter der Landesvertretung, Friedrich von Heusinger, wies in seiner Begrüßung unter anderem auf die gute Zusammenarbeit mit der Europa-Union hin.



Deutsche FC-Delegation mit Friedrich von Heusinger (2. v. l.), UEF-Präsident Sandro Gozi (3. v. l.) und UEF-Generalsekretärin Anna Echterhoff (r.)

Inhaltlicher Schwerpunkt war die Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas. Hierzu fand eine Podiumsdiskussion statt, für die der Kabinettschef der Kommissionsvizepräsidentin Dubravka Šuica, Colin Scicluna, gewonnen werden konnte. Neben UEF-Präsident Sandro Gozi

MdEP nahmen daran auch Markus Ferber MdEP, Domènec Ruiz Devesa MdEP sowie Giulia Rossolillo, Professorin für Internationales Recht an der Universität Pavia, teil. Inhaltlich bestand Einigkeit, dass Vorschläge der Konferenz für institutionelle Reformen umgesetzt werden müssen und nicht am Rat scheitern dürfen. Hierzu müsse eine reformbereite Gruppe von Mitgliedstaaten voranschreiten. In der Diskussion wur-



Podiumsgäste mit Moderator Julian Plottka (3. v. r.)
Beide Fotos: UEF

de ebenfalls deutlich, dass die anstehende Europawahl auch dazu genutzt werden müsste, die Bedeutung der institutionellen Reformen für das tägliche Leben der Bürger darzustellen.

In seiner Eröffnungsrede hatte UEF-Präsident Gozi bereits dafür plädiert, die aktu-

ellen globalen Herausforderungen und die seiner Meinung nach eher früher als später anstehende Erweiterung um die Ukraine für eine Vertiefung der EU zu nutzen.

Von den fünf bestehenden „Political Commissions“ (PC) tagten drei im Rahmen der FC-Sitzung. PC 1 „Institutionelle Fragen“ diskutierte mit Vertretern der Bürgerpanels über die Umsetzung der Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas. Für die Sitzung von PC 2 „Rechtsstaatlichkeit, Werte und Zusammenhalt“ konnten u. a. Gwendoline Delbos-Corfield MdEP und Simona Constantin, Mitglied im Kabinett von Kommissionsvizepräsidentin Vera Jourová, als externe Gäste gewonnen werden. Thema dort waren die ersten Erfahrungen mit dem Konditionalitätsmechanismus. In PC 3 „Außen- und Sicherheitspolitik“ wurden aktuelle Fragen zum russischen Angriff auf die Ukraine und ein Antrag zur Energiekrise diskutiert.

Das FC nahm Resolutionen zur Energiekrise, zum 92. Jahrestag der Erklärung von Valencia sowie zur kulturellen Dimension der EU und dem 40. Jubiläum der Stuttgarter Erklärung an. Zudem verabschiedete es die Resolution „Eine siegreiche Ukraine in einem föderalen Europa“.

Weitere Informationen und die beschlossenen Resolutionen sind abrufbar unter: www.bit.ly/UEFFC23

Florian Ziegenbalg

Petition für einen Europäischen Konvent

Gemeinsam mit der Spinelli Group im Europäischen Parlament und den Botschafterinnen und Botschaftern der Bürgerforen der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE) richtet die UEF eine Petition an den Rat der Europäischen Union. Darin wird der Rat aufgefordert, die Einberufung eines EU-Konvents zu unterstützen. Ziel ist eine Vertragsreform, um Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas umzusetzen. In der Petition heißt es: „Die meisten der auf der Konferenz erarbeiteten Vorschläge können im Rahmen der derzeitigen Verträge umgesetzt werden, einige erfordern jedoch eine Vertragsänderung. Es handelt sich um wenige, aber grundlegende Vorschläge zur Erweiterung der Befugnisse und zur Verbesserung der Entscheidungsmechanismen in der EU.“

Das Europäische Parlament habe mit Unterstützung der Kommission bereits Maßnahmen ergriffen, um einen Konvent zur Reform der Verträge einzuberufen, und werde im Frühjahr einen Bericht mit seinen Vorschlägen vorlegen. Es liege nun am Rat, Maßnahmen zu ergreifen, damit dieses Anliegen vorankommt.

Der Rat der Europäischen Union habe es versäumt, entsprechend den Empfehlungen der CoFoE zu handeln. In völliger Verletzung seiner Pflichten weigere sich der Rat, auf die Initiative des Europäischen Parlaments zu reagieren, kritisiert die UEF. „Der Rat kann sich nicht die Macht anmaßen, einen demokratischen Prozess zu blockieren! Er kann nicht so tun, als hätten die Bürgerinnen und Bürger nicht gesprochen und gefordert, ein stärkeres und demokratischeres Europa zu gestalten“, heißt es in der Petition. Die UEF lädt alle Bürgerinnen und Bürger ein, die Petition zu unterzeichnen und den Rat dazu aufzurufen, den Bürgerwillen und die Konferenz zur Zukunft Europas zu respektieren. Zeichnen auch Sie mit!

Die Petition im englischen Wortlaut sowie Kampagnenmaterialien finden Sie auf www.federalists.eu/petition



Empowerment und Diversität im Herzen der JEF

Seit fünf Monaten ist das neue Team des Bundesvorstands nun im Amt und bereits in der Planung und Umsetzung vieler neuer Projekte und Ideen. Wie alle Jugendverbände ist auch die JEF Deutschland von den aktuellen Krisen und Entwicklungen getroffen, so führt bspw. die Inflation zu deutlich gestiegenen Unterkunfts-, Verpflegungs- und Fahrtkosten. Dennoch können auch in diesem Jahr viele tolle Projekte umgesetzt werden, wie das Internationale Berlinseminar Anfang Juni, die gemeinsame Verbandsakademie der JEF und der EUD Anfang Juli in Fulda und eine Verbandsfahrt in die Republik Moldau im Herbst zeigen.

Einen besonderen Schwerpunkt legt der Bundesvorstand in diesem Jahr auf Empowerment, Diversität und Inklusion sowie die Umsetzung der auf dem Bundeskongress in Würzburg beschlossenen Anträge und Änderungen.

Auf dem 69. Bundeskongress der JEF Deutschland wurde nach intensiver Debatte beschlossen, den Vereinsnamen zu gendern und sich nunmehr Junge Europäische Föderalist:innen zu nennen. In der Satzung, in Statements und in der Kommunikation nach außen gendert der Bundesverband bereits seit einigen Jahren mit dem Sternchen (*). Nachdem sich in den letzten Jahren bereits einige Landesverbände umbenannt haben, wurde die Umbenennung nun auch auf Bundesebene beschlossen. Diese Entscheidung wurde in all ihren Facetten und Nuancen diskutiert. Alle, die zu Wort kommen wollten, konnten ihre Meinung äußern. Die kontroverse, doch sehr reflektierte Debatte wurde respektvoll geführt. Die Satzungsänderung wurde auf Wunsch geheim abgestimmt und mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Der Verband geht damit einen wichtigen Schritt zur Verstärkung der Strategie „Empowerment and Diversity“. Die Wahl des Doppelpunktes ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Doppelpunkt von Leseprogrammen für Blinde besser erkannt wird. Aus Gründen der Einheitlichkeit gendert die JEF Deutschland daher nunmehr vermehrt mit dem Doppelpunkt.

Was bedeutet die Namensänderung für die JEF Deutschland?



Foto: JEF

Bis der gegenderte Name der JEF Deutschland im Vereinsregister eingetragen ist, können einige Wochen und Monate vergehen. Der Bundesvorstand hat daher beschlossen, einige der administrativen Änderungen bereits vorzunehmen. Das betrifft unsere Satzung, die nach beschlossenen Änderungen sofort in Kraft tritt und gültig ist, das offizielle Logo sowie die Kommunikation auf der Homepage und auf Social Media. Wann immer es möglich ist, wird aktuell weiter das Logo ohne Schriftzug sowie die Abkürzung JEF Deutschland verwendet. Die Namensänderung betrifft natürlich auch unser Merchandise, das für Bundeskongresse, Bundesausschüsse und andere Events zur Verfügung gestellt wird. Aus praktischen, finanziellen und ökologischen Gründen wird noch vorhandenes Material weiterverwendet und verteilt und erst bei neuen Bestellungen der neue Name verwendet.

Die Namensänderung ist jedoch nicht der einzige Schritt in Richtung vermehrtem Empowerment, Diversität und Partizipation. Auf dem Bundeskongress wurde zusätzlich das Awareness-Team gewählt, das bestehend aus vier Personen, Ansprechpartner für jegliche Anliegen, Probleme oder Herausforderungen im JEF-Kontext ist. Das Awareness-Team kann vermitteln, beistehen sowie Lösungsvorschläge und weitere Schritte vorschlagen. Die Idee ist hier, auch in einem niedrigschwelligen und offenen Verband wie der JEF ein Gremium zu schaffen, das von allen Mitgliedern unabhängig konsultiert werden kann.

Das Awareness-Team arbeitet unabhängig von der AG Empowerment & Diversity.

Diese erarbeitet Vorschläge, wie sich die JEF Deutschland weiterentwickeln kann, um Partizipation für alle niedriger zu gestalten und Awareness für Themen wie Inklusion zu schaffen.

Ein zusätzlicher Schritt in diese Richtung war die Veranstaltung „Frau. Macht. JEF.“ anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März. Bundesvorsitzende Clara Föller und Bundessekretärin Emmeline Charenton, die die JEF Deutschland nun im dritten Jahr im gemeinsamen Tandem leiten, kamen hier ins Gespräch mit anderen JEFer:innen. Die Idee war, einen sicheren Raum, einen Safe Space, zu schaffen, in dem über Herausforderungen und Wünsche im Rahmen des Engagements gesprochen werden konnte. Thema war unter anderem, wie Frauen und Personen, die sich als solche identifizieren, weiter in ihrem Engagement gestärkt werden können, welche Bedarfe es gibt und wo vielleicht Strukturen verändert werden müssen, um mehr Partizipation, z. B. auf Bundeskongressen, zu ermöglichen.

Klar ist: Empowerment ist notwendig, um jeder/jedem die Möglichkeit zu geben, sich zu engagieren und sich in einem Verband wie der JEF wohlfühlen. Als überparteilicher und überkonfessioneller Verband sind wir stolz darauf, allen demokratischen politischen Gesinnungen eine europapolitische Heimat zu bieten. Im Jahr 2023 bedeutet dies auch, nicht nur die politische Diversität der Mitglieder, sondern alle Facetten der Diversität zu zeigen und JEFer:innen in ihrem Engagement zu unterstützen.

Verantwortlich: Emmeline Charenton

Baden–Württemberg

Neujahrsempfang

Die Europaverbände in Baden-Württemberg haben im Rahmen ihres gemeinsamen Neujahrsempfangs im Landtag zuversichtlich auf das neue Jahr geblickt. Die Vorsitzende der Europa-Union im Südwesten, Evelyne Gebhardt, begrüßte die zahlreichen Gäste und betonte vor vollem Haus, dass „die Europäische Union der Garant für Frieden und Stabilität ist – gerade in Zeiten des russischen Angriffskriegs“. Hauptrednerin des mittlerweile traditionellen Empfangs war Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Diese forderte in ihrer Ansprache die weltweite Einhaltung der Menschenrechte und betonte die Rolle der EU für Frieden, Demokratie und Menschenrechte in der Welt. Den Abschluss bildete die Landesvorsitzende der Jungen Europäischen Föderalisten, Roberta Walser.



Neujahrsempfang im Landtag mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras, Europa-Staatssekretär Florian Hassler, Landesvorsitzender Evelyn Gebhardt und EUD-Präsident Rainer Wieland

60 Jahre Elysée-Vertrag

Die Europa-Union Baden-Württemberg und das Mouvement Européen Alsace haben aus Anlass des 60. Jahrestages der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages am 28. Januar in Straßburg eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der die beiden Verbände weitere Anstrengungen zur Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft fordern. Mit Blick auf die



Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung
Beide Fotos: EUD Baden-Württemberg

seit 60 Jahren währende Freundschaft, die unzählige kommunale Partnerschaften, Schüleraustausche, Vereinsbegegnungen, Kooperationen zwischen Hochschulen und Kultureinrichtungen und vor allem persönliche Freundschaften und deutsch-französische Familien ermöglicht hat, forderten die beiden Verbände unter anderem von der deutschen und französischen Regierung die vollumfängliche Umsetzung des Aachener Vertrags und der darin festgeschriebenen Projekte sowie den gemeinsamen Einsatz zur

Vertiefung der Europäischen Union, insbesondere für die Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas einschließlich der vorgeschlagenen Vertragsänderungen. Nach der Unterzeichnung der Erklärung folgte eine Verkostung eines deutsch-französischen Cuvées, der von einem elsässischen

und einem badischen Winzer aus Anlass des Jubiläums kreiert wurde. Der mit vielen externen Gästen gut besuchte Abend im Straßburger Kulturzentrum „Espace K“ hatte mit einem deutsch-französischen Impro-Theater einen weiteren Höhepunkt.

Am Nachmittag hatte der Landesvorstand mit der Finanzkommission in Kehl getagt und sich bei einem kleinen Empfang auf Einladung des Kreisvorsitzenden Roland Giebenrath mit Vertretern des KV Ortenau ausgetauscht.

Europa auf der Messe CMT

Die Europaverbände waren erstmalig auf dem Stand des Staatsministeriums Baden-Württemberg bei der Tourismus-Messe CMT vertreten. Der Standbetrieb erfolgte zusammen mit Vertretern verschiedener Landesministerien mit einem bunten Programm aus Europa-Wissensspielen wie Glücksrad und Flächenpuzzle zur Geografie Europas. Das Angebot fand eine gute Resonanz.

Junge Europäer–JEF

Junges Europäisches Parlament: Nach einer coronabedingten Pause fand 2023 wieder das Junge Europäische Parlament (JEP) im Landtag von Baden-Württemberg statt, das von der JEF Baden-Württemberg organisiert wurde. Landtagspräsidentin Muhterem Aras eröffnete das ausgebuchte JEP. Aus den Landtagsfraktionen nahmen mehrere Vertreterinnen und Vertreter als Gäste teil und konnten das große Engagement der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler erleben.

Karlsruhe

Besuch im Europarat: Vor dem bevorstehenden Umbau des Plenarsaals im Gebäude des Europarats in Straßburg konnte der KV Karlsruhe einen Besuchstermin bekommen. Nach einer Einführung in die Organisation des Europarats besuchte die Gruppe dort die Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung. Ein weiterer Programmpunkt der Tagesfahrt war die Besichtigung des Straßburger Münsters.

Heilbronn

Béziers: Der KV machte während eines Vortragsabends die älteste Partnerstadt Heilbronn zum Thema, nicht nur weil Béziers immer eine Reise wert ist, sondern weil die Europäischen Föderalisten Städtepartnerschaften grundsätzlich revitalisieren wollen und zudem den Versuch unternehmen, dort vor Ort eigene Ortsgruppen zu gründen.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Bremen

Werte verteidigen

Die Europäische Union befindet sich in einer Zeit, in der die Urteile, die über ihre Zukunft gefällt werden, kaum ambivalenter sein könnten. Das liegt auf der einen Seite sicherlich am russischen Angriffskrieg. Während für die einen ein starkes gemeinsames Europa in greifbare Nähe rückt – stärkt der gemeinsame äußere „Feind“ doch die kollektive europäische Identität und sorgt dafür, dass europäische Werte neu betont werden –, scheint das Friedensprojekt EU für die anderen unter der Last der kriegerischen Auseinandersetzung auf dem eigenen Kontinent zu zerbrechen. Unabhängig davon, welcher Meinung man zustimmen würde, lässt die gegenwärtige Situation jedoch ein klares Fazit zu: Wir befinden uns an einem historischen Wendepunkt und die europapolitischen Akteurinnen und Akteure sind mehr als je zuvor gefordert. Welche Probleme die Europa-Union Bremen darüber hinaus sieht und wie sie diesen durch ihre Arbeit begegnen möchte, lesen Sie hier:

Freiheit und die Würde des Menschen:

Die Achtung der Menschenrechte gehört zu einer der grundlegendsten Säulen der EU. In vielen europäischen Ländern wird aktuell nach einer neuen Balance zwischen nationaler Identität und den neuen Herausforderungen infolge von Globalisierung und Digitalisierung gesucht. Beim Ringen um diese Ausgestaltung von Demokratie werden Meinungs- und Pressefreiheit teilweise massiv eingeschränkt. Die Europa-Union Bremen bietet daher immer wieder Veranstaltungen mit europäischen Gästen aus betroffenen Ländern an, so am 6. März im Goethe theater Bremen: Frauen für Freiheit und Rechtsstaat, mit Rednerinnen aus Osteuropa, dem Iran und Afghanistan.

Demokratie: Demokratie braucht eine demokratische Öffentlichkeit, um zu funktionieren. Mobilisierung, Austausch, Information, all das gehört zu unseren demokratischen Aufgaben als Teil der europapolitischen Zivilgesellschaft. Die Bremer Europa-Union steht dabei vor neuen Herausforderungen, denn schwindende Teilnehmerzahlen, aber auch die mediale Überlagerung der Öffentlichkeitsarbeit durch die globalen Krisen erschweren die Erfüllung dieser Aufgaben. Daher haben wir uns mit der Bre-

mer Europa-Abteilung zusammengesetzt, werden im Jahr 2023 lokale Netzwerke und Partnerschaften durch einen monatlichen „europäischen Lunch“ stärken und eine neue europapolitische Kampagne für die Stadt Bremen auf den Weg bringen.

Rechtsstaatlichkeit: „Qatargate“ oder der Mitgliedstaat Ungarn, der inzwischen auf dem Korruptionswahrnehmungsindex auf einer Stufe mit Ländern wie Burkina Faso oder Vietnam steht: Entwicklungen wie diese führen zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei den europäischen Bürger*innen. Transparenz ist das Stichwort, an welchem wir uns als politischer Akteur mehr als je zuvor orientieren müssen, um das Vertrauen in europäische Institutionen wieder zu gewinnen. Die Europa-Union Bremen arbeitet daher daran, die eigenen Strukturen für Mitglieder und Interessierte weiter zu öffnen und Vorgänge transparenter zu gestalten. Gleichzeitig sind „Institutionelle Transparenz und Rechtsstaatlichkeit“ Veranstaltungsschwerpunkte für das Jahr 2023. Am 23. März haben wir mit dem EuropaPunktBremen eine Debatte zum European Media Freedom Act veranstaltet.

Verantwortlich: Carolin Ryngler

Saarland

Deutsch-französische Fotoausstellung

Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages („Elysée-Vertrag“) haben die Jungen Europäischen Föderalisten Saarland und die Europa-Union Saar im Januar eine Foto-Ausstellung veranstaltet. Bürgerinnen und Bürger konnten eigene Fotos und die dazugehörigen Texte einreichen, die ihre persönlichen Geschichten von deutsch-französischer Freundschaft, Liebe und Partnerschaft zeigen.

Die Anzahl der Einsendungen übertraf die Erwartung bei Weitem. Fotos wurden sowohl von prominenten Personen wie der saarländischen Kultur- und Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot oder dem ehema-

ligen Europaabgeordneten Jo Leinen eingebracht, aber vor allem auch von nicht-prominenten Paaren, die ihre persönliche deutsch-französische Geschichte erzählen wollten.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind nicht nur eine Sache der Staatspolitik, sondern werden vor allem von den Menschen gelebt und mit Leben gefüllt.

Über zwei Wochen war die Wanderausstellung an drei verschiedenen Orten im Saarland zu sehen. Darunter befanden sich ganz besondere und symbolträchtige Plätze: die alte Sendestation des Radiosenders „Europe 1“ und das Gästehaus „Schloss Saareck“ der Familie Villeroy & Boch.

Mit insgesamt 750 Besucherinnen und Besuchern war die Ausstellung ein voller Erfolg. Im Laufe des Jahres wird die Fotoausstellung wahrscheinlich an weiteren Orten zu sehen sein. Anfragen gibt es bereits aus mehreren Städten und Gemeinden



Blick in die Ausstellung „Deutsch-französische Beziehungen: Geschichte(n) von Liebe, Freundschaft und Partnerschaft“
Foto: EUD Saar

in Deutschland und Frankreich. Gefördert wurde das Projekt durch den Deutsch-Französischen Bürgerfonds.

Verantwortlich: Jonas Heintz

Hessen

Oberlahn

Europa-Preis: „Europa braucht Menschen, die Frieden, Freiheit und miteinander leben“, betonte Kreisvorsitzender Tobias Eckert bei der erstmaligen Verleihung des Europa-Preises, der mit 500 Euro und einem Buchgeschenk dotiert ist. Der Europa-Preis 2022 ging an das Gymnasium Philippinum Weilburg, das sich seit rund 70 Jahren für den europäischen Gedanken einsetzt und die Schülerschaft informiert und motiviert, Europa zu leben. Auch für das Jahr 2023 ist der Europa-Preis ausgeschrieben.



Tobias Eckert überreicht das Preisgeld an Schulleiter Stefan Ketter. Foto: EUD Oberlahn

Europa-Stammtisch: Beim Europa-Stammtisch mit dem europapolitischen Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Oliver Stirböck, waren sich die Teilnehmer einig: „In einer globalen Welt wird es immer wichtiger, dass die europäischen Staaten in der EU enger und aktiver zusammenarbeiten.“ Die Unterstützung der EU für die Ukraine wurde begrüßt. Auch betonten die Teilnehmer, dass aktive Städtepartnerschaften weiterhin für das Zusammenleben der Menschen in Europa die wesentliche Basis darstellten. Beim Europa-Stammtisch im Februar war die Landtagsabgeordnete Miriam Dahlke (Bündnis 90/Die Grünen) zu Gast.

Ausblick: Am 5. Mai veranstaltet der Kreisverband Oberlahn gemeinsam mit dem Städtepartnerschaftsverein auf dem König-Konrad-Platz in Weilburg eine Kundgebung. Am 16. Mai sind die Mitglieder und Freunde zur Jahreshauptversammlung eingeladen.

Kassel

Outdoorkerzen für die Ukraine: Während der Winter in Deutschland ungewöhnlich warm war, froren zeitgleich in der Ukraine Millionen Menschen, da Russland gezielt die zivile Infrastruktur zerstört. Eine kleine Abhilfe stellen Outdoorkerzen dar, die in der Ukraine zum Kochen und für Wärme genutzt werden.

Die Europa-Union Kassel hat zusammen mit der Ukraine-Hilfe der Malteser Kassel viele hundert Kerzen aus Konservendosen und Wachsresten hergestellt. An fünf Nachmittagen im Dezember 2022 und Januar 2023 haben ein Dutzend Helferinnen und Helfer rund 300 Kilogramm Wachs, eine Menge Pappe und 700 Dosen zu Kerzen mit einer Brennzeit von 4.000 Stunden verarbeitet. Bozena Meske, stellv. Vorsitzende der Europa-Union Kassel, leitete das großartige Team und dankt der Gemeinde Kaufungen für die Unterstützung durch Sammelstellen und die Bereitstellung des Werkraums samt Übernahme der Stromkosten.

Schwalm-Eder

Deutsch-französisches Fest: Der Kreisverband veranstaltete gemeinsam mit dem Rotkäppchenland, dem Partnerschaftsverein Schwalmstadt, dem Hugenotten- und Geschichtsverein Frankenhain sowie dem Hugenotten- und Waldenserpfad-Verein ein Fest zum 60-jährigen Jubiläum des Elysée-Vertrages. Eine musikalisch begleitete zweisprachige Lesung des Märchens „Rotkäppchen“ mit dessen anschließender kulturhistorischer Einordnung sowie die Musik- und Gesangsgruppe „Pas de Fromage“ mit der zauberhaften Sängerin Eva Balkenhol machten den Nachmittag zu einem wahren Genuss. Die mit schauspielerischer Leichtigkeit vorgetragenen französischen und deutschen Lieder begeisterten die rund 90 Gäste. Ein festliches Diner mit französischer Küche aus dem Hause Schlein machte die Feier zu einem unvergesslichen Ereignis. Grußworte sprachen Engin Eroglu MdEP und das Kreis Ausschuss- und Europa-Union-Mitglied Helmut Balamagi. Kreisvorsitzende Marianne

Hühn bedankte sich im Namen aller Mitveranstalter und Gäste. Gesponsert wurde die Veranstaltung durch die Kreissparkasse Schwalm-Eder und den Deutsch-Französischen Bürgerfonds.

Die Europa-Union arbeitet vermehrt mit dem Partnerschaftsverein Schwalmstadt, Wasenberg und Oberaula zusammen und wird auch durch die örtlichen Gemeinden, die Mitglied in der Europa-Union sind, tatkräftig unterstützt.

Wiesbaden/Rheingau-Taunus

Senior Experten Service: Eine Informationsveranstaltung über den Senior Experten Service (SES) veranstaltete der Kreisverband gemeinsam mit dem Presseclub Wiesbaden. SES-Bundesgeschäftsführer Dr. Michael Blank gab einen Überblick über die Arbeit der Organisation. Mittlerweile gehören dem SES fast 13.000 Fachleute aus allen Branchen an, die bisher in mehr als 60.000 Einsätzen in 170 Ländern der Erde ehrenamtlich helfend im Einsatz waren und sind.

In den Anfangsjahren war der SES allein in Entwicklungs- und Schwellenländern aktiv. Seit 1990 zählt auch Deutschland zu seinen Einsatzgebieten. Bereits vor der Wiedervereinigung profitierten Firmen in der ehemaligen DDR von diesem Angebot. Später kamen Unterstützungsprogramme für Jugendliche zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen hinzu. Es gibt auch mehrere EU-geförderte Projekte des SES. Drei SES-Ehrenamtliche aus der Region berichteten über ihre Einsätze. „Auch ich bin dankbar dafür, dass ich den SES ehrenamtlich als Experte unterstützen darf,“ so der EUD-Kreisvorsitzende Peter Niederelz.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf



Brüssel

Gespräch mit Staatsministerin Anna Lührmann

Über deutsche Europapolitik in der Krise diskutierte am 12. Dezember unsere stellvertretende Vorsitzende Ilka Wölfle mit der Staatsministerin für Europa und Klima im Auswärtigen Amt, Dr. Anna Lührmann MdB. Rund 240 Gäste waren der Einladung der Europa-Union und der Vertretung des Landes Hessens bei der EU gefolgt. Der hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Uwe Becker, betonte in seiner Begrüßung, dass Deutschland und Europa aktuell vor großen Herausforderungen stünden, sich diese aber nur gemeinsam lösen ließen. In der Gesprächsrunde zwischen Staatsministerin Lührmann und Ilka Wölfle reichte der thematische Bogen von den Verstößen Ungarns gegen die Rechtsstaatlichkeit, über die Konferenz zur Zukunft Europas,

die aktuellen Korruptionsvorwürfe im Europäischen Parlament bis hin zu den Europawahlen 2024. Staatsministerin Lührmann zeigte sich sehr offen in ihren Antworten und konnte den Bauchladen an europapolitischen Baustellen sehr gut veranschaulichen. Trotz der großen Herausforderungen zeichnete sie ein durchaus optimistisches Bild von der Europäischen Union. Sie betonte, dass Europa Krisen bewältigen und auch meistern könne. Auf die Frage, wie sie das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland sehe, antwortete sie verschmitzt mit einem „très bien“. Die mediale Darstellung sei nicht immer die Realität.

Staatsministerin Lührmann gewährte uns einen interessanten Einblick in die aktuellen europapolitischen Vorgänge aus deutscher Sicht. In ihren Antworten wurden eine wahre



Staatsministerin Anna Lührmann (l.) im Gespräch mit Ilka Wölfle

Foto: EUD Brüssel

Leidenschaft für Europa spürbar. Wir freuen uns auf die nächste Begegnung mit ihr.

Im Anschluss der Veranstaltung wurden die Gäste von der Landesvertretung Hessens kulinarisch bestens versorgt. Dafür auch ein herzliches Dankeschön an den Leiter der hessischen Landesvertretung, Friedrich von Heusinger. Für die Europa-Union Brüssel und ihre Mitglieder war der Abend ein schöner Jahresabschluss vor der Weihnachtspause.

Verantwortlich: Isolde Fastner

Hamburg

Digitale Europasprechstunde

Bosnien und Herzegowina ist als vorletztes Land des Westbalkans in den Kreis der EU-Beitrittskandidaten aufgestiegen. Viele halten die Entscheidung der EU zum beschleunigten Aufnahmeprozess für eine direkte Reaktion auf den Angriffskrieg in der Ukraine.

In einer digitalen Europasprechstunde stellte sich der Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft, Christian Schmidt, den Fragen der rund 100 Teilnehmenden. Dr. Zeljana Tunic, Professorin für Slawistik an der Universität Halle Wittenberg, führte durch den Abend.

Christian Schmidt, selbst langjähriges Mitglied in der Europa-Union, sieht die verhandelte Integration Bosniens und Her-

zegowinas in die EU als Friedensbotschaft, auch innenpolitisch. Er erhoffe sich, dass sie sich auf die ethnischen und politischen Differenzen innerhalb des Landes positiv auswirke. Sarajevo bildet den Mittelpunkt zweier autonomer Entitäten: den der Bosnisch-Kroatischen Föderation und der Serbischen Republik. Zwar wurde durch den 1995 unterzeichneten Dayton-Vertrag ein Waffenstillstand auf dem Papier beschlossen, doch Schmidt sieht weiterhin große Diskriminierungs- und Gewaltrealitäten in der Gesellschaft. Vor allem prägt das Kriegstrauma durch viele Jahre des Konfliktes weiterhin die Zivilgesellschaft. Die Verfassung Bosniens und Herzegowinas, die sich unmittelbar aus dem Dayton-Vertrag ableitet, weise einige Defizite auf, findet auch Schmidt. Er wünscht sich für das kommende Jahr eine wachsende Reformdynamik für das Land. Seine eigene Rolle des Hohen Repräsentanten begreift er eher als Bewahrer des Friedens und wünscht sich: „Ich hoffe, mein Amt wird irgendwann überflüssig!“

Die Verfassungsänderungen müssten innerhalb Bosniens und Herzegowinas

stattfinden, ohne äußere politische Einflüsse. Schmidt blickt hier auf die neue Generation des Landes. Er sieht großes Potenzial in einer gemeinsamen Bildung der kommenden Generationen – momentan existieren noch drei verschiedene Lehrpläne, die sich in Sprache, Geografie und Historie unterscheiden. Der Arbeitsmarkt müsse wieder attraktiver für junge Menschen werden, um so den momentan stattfindenden Braindrain in Zukunft zu minimieren. Auch hier sieht Schmidt die fortwährenden ethnischen Konflikte als große Hürde. Trotzdem setzt er große Hoffnungen in die kürzlich gewählte neue Regierung, die die europäische Integration als Priorität in ihrem Regierungsprogramm verankert hat.

Christian Schmidt positionierte sich klar für den Schritt der Integration und schloss die Veranstaltung mit den Worten: „Wir wollen nach Europa und wir gehören nach Europa!“

Verantwortlich: Nele Aulbert/Verena Reihls

Niedersachsen

An Aufbruchsstimmung anknüpfen

Das Jahr 2022 brachte uns den Krieg in der Ukraine, einen erneut sehr warmen und trockenen Sommer (und seitdem immer militantere Proteste von Klima-„Aktivisten“) sowie das dritte Jahr der Pandemie. Diese scheint nun in 2023 in die Endemie überzugehen. Die genannten Ereignisse beschäftigen natürlich auch unseren Landesverband und dessen Vorstand. Positiv zu vermerken: In absoluten Zahlen sind wir der Landesverband, der auch in der Corona-Pandemie die beste Mitgliederentwicklung aufgewiesen hat.

Das Anliegen, über die Fernsehmedien eine verbesserte Europa-Berichterstattung zu bekommen, bleibt aber ein Problem. Auch die Arbeit der Landeszentralen für politische Bildung sowie die Europabildung an den Schulen sind weiterhin unsere Aufträge, an denen wir arbeiten. Diesen Herausforderungen stehen allerdings massive Probleme ganz anderer Art gegenüber: Krieg in Europa, steigende Energiepreise, hohe Inflation, die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise. Die Welt ist auch 2023 im Kriegs- und Krisenmodus. Unser Glück, dass wir als Europäerinnen und Europäer vereint sind, ist in unmittelbarer existentieller Gefahr und muss durch gemeinsame Anstrengungen verteidigt werden, wenn wir nicht alsbald in einem zertrümmerten Europäischen Haus leben wollen.

Was wird also aus den Ergebnissen der Zukunftskonferenz, die ja einen umfangreichen Katalog drängender und notwendiger inhaltlicher sowie auch institutioneller Reformen erarbeitet hat? Wir Europäische Föderalisten wollen den europapolitischen Stillstand überwunden wissen! Es genügt nicht, wenn sich unsere Bundesregierung im normalen Geschäftsgang im Rat für ein zeitgemäßes europäisches Wahlrecht oder mehr qualifizierte Mehrheitsentscheidungen ausspricht und dann achselzuckend das Desinteresse der anderen Regierungen zur Kenntnis nimmt.

Weiter ist es dem Landesvorstand ein besonderes Anliegen, wieder an die vor der Corona-Pandemie in Niedersachsen vieler-



Begehrtes Material bei den letzten Landesveranstaltungen – die Kreisverbände griffen reichlich zu!

Foto: Cord W. Kiel

orts zu verzeichnende Aufbruchsstimmung anzuknüpfen. Dies soll auch in 2023 gelten und uns zur Weiterarbeit motivieren!

Braunschweiger Land

Eurotreff mit MdL Plett: Zu einem Austausch mit dem Landtagsabgeordneten Christoph Plett (CDU) trafen sich die Mitglieder der Europa-Union im Februar im Umweltzentrum Braunschweig. Plett ist als Jurist Mitglied im Rechtsausschuss des Niedersächsischen Landtags. Inhaltlich ging es insbesondere um Themen, bei denen Europa und die niedersächsische Landespolitik derzeit enge Wechselbeziehungen erleben. Dies gilt etwa für die Landwirtschaftspolitik, wo die Ausweisung roter Zonen für viele landwirtschaftliche Betriebe schwierig ist und sowohl die Lage wie auch die Messgenauigkeit der benutzten Messstellen oftmals hinterfragt werden müssen. Daneben wurde auch die Verkehrs- und Energiewende angesprochen. Der Vorsitzende des EUD-Regionalverbandes, Dr. Alexander Böger, gab Plett noch zwei Wünsche mit auf den Weg: „Wir wünschen uns eine Regionalisierung der Europäischen Informationszentren. Ein einziges EIZ in Hannover ist für



Diskussion zur Landtagswahl mit Alexander Grafe (FDP), Kenneth Bak (SPD), Dr. Burkhard Bauer (GRÜNE), Marcel Scharrelmann (CDU) und Jürgen Abelmann (Linke) (v. l. n. r.)

Foto: Gerhard Thiel

ganz Niedersachsen zu wenig; die Politische Bildungsstätte in Helmstedt hätte auch EIZ-Potenzial. Und ferner wünschen wir uns eine Änderung des niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes. Fahrten nach Brüssel oder Straßburg müssen genauso als Bildungsurlaub anerkannt werden können wie Fahrten nach Bonn oder Polen.“ Plett und die ebenfalls anwesende Braunschweiger Landtagsabgeordnete Sophie Ramdor sicherten eine Prüfung dieser Anliegen zu.

Kreisverband Diepholz

Europa greifbar machen: Der Kreisverband hat zur Diskussion mit Landtagskandidaten der demokratischen Parteien eingeladen. Die junge Moderatorin Lena Groß, Mitglied im Kreisvorstand, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste mit einer Darstellung unserer Ideen für eine vertiefte und erweiterte handlungsfähigere EU und unseren Vorschlägen, was denn alles in Hannover an Unterstützung und Initiative möglich sein könnte. So ging es z. B. um einen Europa-Bezug in der Landesverfassung, um mehr Kompetenzen für das Europaministerium und um die Möglichkeiten zur besseren Förderung europapolitischer Initiativen.

Diskutiert wurde auch über die Forderung nach einer flächendeckenden Einrichtung von Europäischen Informationszentren sowie nach einer Stärkung der europapolitischen Bildung in Schulen, in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, in den Europaschulen und bei der Landeszentrale für politische Bildung.

Kontrovers diskutierten die Podiumsgäste über das Europaministerium. Die Meinungen reichten von der Stärkung bis hin zur Abschaffung des Ministeriums und der Übertragung seiner Kompetenzen an die Staatskanzlei. In allen anderen Punkten wurde von den Landtagskandidaten eine breite Unterstützung zugesagt, insbesondere was die Förderung der politischen Bildung angeht.

Verantwortlich:
Cord Wilhelm Kiel

Mecklenburg–Vorpommern

Deutsch–Polnisches Seminar

Nach pandemiebedingter Pause fand am 5./6. November 2022 wieder das traditionelle Deutsch–Polnische Seminar statt. Begrüßt werden konnten Vertreter unseres Partnervereins aus Koszalin, darunter auch die Vereinsvorsitzende Anna Rawska. Als Thema war das Motto „Gemeinsam durch die Krise“ gewählt worden.

Prof. Dr. Czesław Partacz von der Universität Koszalin sprach über den Krieg Russlands gegen die Ukraine und seine Auswirkungen auf die Republik Polen. Einen Schwerpunkt setzte er dabei auf den historischen Hintergrund und erläuterte die komplizierte Vorgeschichte der heutigen Ukraine. Der Beschluss zur Auflösung der Sowjetunion und zur Bildung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sei praktisch auch die Gründung des heutigen ukrainischen Staates gewesen, der nach der Einwohnerzahl der sechsgößte Staat Europas wurde. Gegenwärtig lebten auch etwa fast 5 Millionen Polen in der Ukraine, die im früheren ostpolnischen Gebiet zu Hause waren und sich weiter als Polen verstünden. Erschwert worden sei die Situation in der Ukraine durch die zu geringe Wirtschaftsentwicklung seit den 90er Jahren mit den daraus resultierenden sozialen Folgen. Schon damals gehörte die Ukraine zu den vier ärmsten Ländern Europas. Bemerkenswert sei, dass zu diesem Zeitpunkt die Ukraine und Polen etwa auf einem gleichen Entwicklungsniveau standen, heute hingegen das Bruttoinlandsprodukt in Polen etwa zehnmal größer als in der Ukraine sei.

Der Wunsch, sich stärker an das westliche System zu binden, wuchs und Forderungen nach einem Beitritt in die EU und die Annäherung an die Nato kamen immer deutlicher auf. Als diese durch die Anfang unseres Jahrhunderts herrschenden Politiker unter russischem Einfluss nicht erfüllbar waren, sei es zu den bekannten „Maidan-Ereignissen“, zu der

„Revolution der Würde“ Ende 2013 und im Frühling 2014 gekommen. Dadurch seien politische Veränderungen in Gang gesetzt worden, die zur heutigen Regierung in der Ukraine führten.

Partacz führte aus, dass Polen wie andere EU-Staaten die Ukraine in vielfacher Hinsicht unterstütze. Es habe enorm viele Flüchtlinge aufgenommen, gerate aber auch an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Eine eventuell entstehende Rezession würde neue Probleme mit großen sozialen Auswirkungen mit sich bringen.

Prof. Dr. Krzysztof Kaczmarek, ebenfalls von der Universität Koszalin, sprach über die Auswirkungen von Energiekrise und Inflation auf die polnische Wirtschaft und Bevölkerung und stellte erste Ergebnisse eigener Untersuchungen vor. Ausgangspunkt seiner Ausführungen war die Inflationszunahme in Polen und der EU. Die damit zusammenhängende energetische Krise führe insgesamt zu einer geringeren Bedarfsdeckung und weiterhin zu Preissteigerungen in allen Bereichen. Die immer noch steigenden Ansprüche des Lebensniveaus treten stärker in Widerspruch zu den kleiner werdenden Möglichkeiten. Soziale Folgen seien nicht auszuschließen.

Im letzten Vortrag des Tages berichtete Ewa Czepik-Kowalewska, Vorsitzende des Kulturrates der Stadt Koszalin, von der Arbeit des Gremiums. Ein besonderes Anliegen des Kulturrates ist es, die kulturellen Initiativen der Stadt unter Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Dazu wurde 2022 ein Kulturkongress veranstaltet.

Am Abend dieses ersten Tages fand ein Empfang des Neubrandenburger Oberbürgermeisters Silvio Witt statt, der durch seinen Stellvertreter Peter Modemann vertreten wurde. Hieran nahm auch der Landtagsabgeordnete und EUD-Landesvorsitzende Prof. Dr. Robert Northoff teil.

Der zweite Seminartag führte die Teilnehmer nach Ankershagen, um dort im



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

1/2023

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Köbbling (v. i. S. d. P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.03.2023
Annahmetermin für Ausgabe 2/2023: 24.04.2023
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>

Rahmen einer Bildungsexkursion die neugestaltete Ausstellung im Heinrich-Schliemann-Museum zu besuchen.

2023 wird das Deutsch–Polnische Seminar wieder in Koszalin stattfinden.

Verantwortlich:

*Prof. Dr. Joachim Gasielki/
Ralf-Peter Hässelbarth*

Nordrhein–Westfalen

„Europa–Schecks“ für Vereine

Am 17. Januar luden mehrere Kreisverbände der Europa-Union unter Federführung des KV Dortmund zu einem Online-Gespräch mit Stefan Engstfeld MdL (Bündnis 90/Die Grünen) ein. Der Vorsitzende des Europaausschusses sprach in der einstündigen Veranstaltung mit den Aktiven der Europa-Union über eine Vielzahl von Themen. Dazu zählten die grenzüberschreitende Regierungszusammenarbeit zwischen NRW und den Niederlanden, welche sich in der COVID-Pandemie bewährte, sowie das Verhältnis zum Vereinigten Königreich.

Ein weiteres Thema war die zukünftige Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Europaarbeit, bei der in Zukunft die „Europa-Schecks“ als Förderprogramm des Landes NRW für Projektanträge eine Rolle spielen sollen. Die Idee ist, kleine bis mittlere Summen für zivilgesellschaftliche Europaarbeit mit einem Minimum an Bürokratie zur Verfügung zu stellen. Stefan Engstfeld betonte, dass die „Europa-Schecks“ für Kreisverbände der Europa-Union sehr attraktiv sein können. Zum Abschluss der Veranstaltung lud Stefan Engstfeld dazu ein, den Landtag zu besuchen und sich die Arbeit des Europaausschusses direkt anzusehen.

Diskussion zu Frontex

Welche Verantwortung trägt Frontex an den Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen? Darüber diskutierten am 24. Januar mit über 50 Interessierten Erik Marquardt MdEP, Mitglied des Frontex-Untersuchungsausschusses, Bernd Kasperek, Experte im Bereich Migration and Border Studies, Markus Jaeger, Menschenrechtsanwalt mit Erfahrung u. a. im Europarat, und Mirka Schäfer, Advocacy Officer der Seenotrettungsmission SOS Humanity.

Frontex und die Grenzbeamten einzelner Mitgliedstaaten sind nicht zuletzt wegen

illegaler „Pushbacks“ – dem Zurückdrängen von Geflüchteten an den Grenzen – in die Kritik geraten. Im Fokus des Abends standen daher die Lage an den EU-Außengrenzen und das Verhalten der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, wie Frontex offiziell heißt.

Mirka Schäfer berichtete von den Seenotrettungsmissionen des Schiffs Humanity1 der Organisation SOS Humanity und des Bündnisses United4Rescue. Frontex ist seit dem Ende der EU-Mission Operation Sophia 2019 nur noch mit Drohnen und Flugzeugen im Mittelmeer im Einsatz, aber staatliche Stellen sollen Informationen über Boote in Seenot eigentlich anderen Schiffen mitteilen. Mirka Schäfer war an einem Einsatz beteiligt, bei dem nur durch das Tracken eines Frontex-Einsatzes ein Boot in Seenot gerettet werden konnte und Informationen von Frontex nicht geteilt wurden. Sie kritisierte die Abschottungs- und Externalisierungspolitik der EU, bei der immer wieder Flüchtlingschiffe nach Libyen zurückgebracht werden.

Bernd Kasperek erläuterte den deutlichen Ausbau von Frontex in den vergangenen Jahren seit der Gründung der Agentur in 2004. Er kritisierte gemeinsam mit Markus Jaeger, dass die Grenzschutzagentur ihre Arbeit ohne jegliche rechtsstaatliche Kontrolle ausübe. Laut Jaeger gebe es eine „Quasi-Garantie der Straflosigkeit“ für Frontex. Bei Problemen an den Außengrenzen sei die Antwort der EU immer, Frontex weiter auszubauen, so Erik Marquardt. Die politische Erwartung sei, dass mehr Geld für Frontex weniger Geflüchtete nach Europa bringe. Frontex fungiere zudem oft als ein „Feigenblatt“, um Menschenrechtsverletzungen durch



Abbildung: JEF NRW

nationale Grenzschutzbeamte zu vertuschen. Die aktuelle Politik schaffe zudem weniger Sicherheit. Ohne eigene Schiffe im Mittelmeer könne Frontex Schiffe von Waffenschmugglern und Schleppern von Geflüchteten nicht kontrollieren.

Die Veranstaltung wurden von den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) NRW ausgerichtet und von der Europa Union NRW im Rahmen des Projektes „Zukunft Europas“ sowie von den Kreisverbänden Aachen und Köln der Europa Union unterstützt. Das Projekt „Zukunft Europas“ wird vom Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Verantwortlich:
Anne Gödde/Simon Gutleben



Sachsen

Sächsisch-tschechisches Treffen

„Wir haben großes Interesse an einer Zusammenarbeit, doch wir wissen noch zu wenig voneinander!“ Das sagte Ivo Kaplan, Generalsekretär der Union Europäischer Föderalisten Tschechien (UEF CZ) beim ersten sächsisch-tschechischen föderalistischen Treffen am 16./17. Dezember in Dresden. Katharina Wolf, Landesvorsitzende der Europa-Union Sachsen (EUD SN), ergänzte: „Dank der finanziellen Unterstützung des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds können sich UEF CZ, EUD SN und die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) beider Seiten kennenlernen und austauschen.“ An der Konferenz nahmen 15 Personen teil, sechs von deutscher und neun von tschechischer Seite.

Die Unterschiede zwischen den beiden Verbänden sind beträchtlich. Anders als in Deutschland gibt es in Tschechien keine Förderung der öffentlichen Hand, von Sportvereinen abgesehen. Die UEF CZ und die JEF CZ sind kleine Organisationen mit zweistelligen

Mitgliederzahlen. Die UEF CZ engagiert sich aktiv im europäischen Dachverband. Die JEF CZ pflegt bereits eine Kooperation mit der JEF Bayern/Passau.

Ein Thema war die tschechisch-sächsische Zusammenarbeit. Thomas Gneipelt, Vorstandsmitglied der EUD SN und Referent im Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Tschechien, stellte die verschiedenen Institutionen und Akteure auf beiden Seiten der Grenze vor: Sächsisch-tschechische Arbeitsgruppe auf Regierungsebene, Landesdirektion Sachsen, die tschechischen Regionalverwaltungen, die Euroregionen sowie das sächsische Verbindungsbüro. Diese Foren und andere Möglichkeiten der grenzübergreifenden Zusammenarbeit seien weitgehend unbekannt. „Wir müssen bei den Menschen das Interesse füreinander und miteinander wecken“, so Gneipelt.

Die vielleicht wichtigste Frage wurde am Ende der Tagung diskutiert: Wie könnte die grenzübergreifende Zusammenarbeit aussehen? Vorgeschlagen wurde die Schaffung einer EU-Verfassung, die Stärkung eines sozialen Europas und der europäischen Werte. Am Ende stimmte die große Mehrheit für die Vermittlung von Wissen über die Demokratie und die EU, da hier Defizite gesehen werden.



Gute Stimmung beim föderalistischen Treffen in Dresden
Foto: EUD Sachsen

Als Follow-up wurde festgehalten, unter Federführung der UEF CZ eine Best Practice Veranstaltung in Prag zum Thema „How it is to be citizen“ durchzuführen. Die Räume des sächsischen Verbindungsbüros stehen hierfür zur Verfügung. Eingeladen werden sollen die jeweiligen Schul- bzw. Kultusministerien, denn ohne deren Unterstützung ist kein noch so gutes Papier umsetzbar. Des Weiteren wurde vereinbart, sich gegenseitig über Aktivitäten zu informieren und zu Veranstaltungen einzuladen.

Verantwortlich: Thomas Gneipelt

Sachsen-Anhalt

Halle-Saalekreis

Wir haben etwas zu feiern! Halle (Saale) hat Mitte Februar den Zuschlag für das Zukunftszentrum Deutsche Einheit und Europäische Transformation bekommen. Das Zukunftszentrum soll einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und des Zusammenhalts in Deutschland und in ganz Europa leisten.

Unser Vereinsvorsitzender Dr. Alexander Vogt dazu: „Dies ist ein grandioser Tag für Halle und sein gesamtes Umland im südlichen Sachsen-Anhalt und in ganz Ostdeutschland – der Zuschlag für eine 200 Millionen Euro Investition in der Saalestadt ist eine absolute Sensation.“

„Die Saalestadt wird um einen Leuchtturm mit internationaler Ausstrahlung reicher, der Stadt und Region besonders prägen wird“, sagt der stellv. Vorsitzende David Horn. „Nun

geht es darum sicherzustellen, dass das Zukunftszentrum inhaltlich nicht nur nationale



Die Europa-Union Halle-Saalekreis freut sich über den Zuschlag Halles für das Zukunftszentrum. Dr. Alexander Vogt (l.) und David Horn (r.) mit Egbert Geier, Bürgermeister der Stadt Halle (Saale)
Foto: EUD Halle-Saalekreis

Themen behandelt, sondern auch einen entsprechenden Fokus auf Europa und die Notwendigkeit der Vertiefung der Europäischen Union legt. Wir als Europa-Union vor Ort werden die Ausgestaltung des Zukunftszentrums aktiv begleiten und entsprechende europäische Akzente setzen.“

Die Europa-Union Halle-Saalekreis ist Gründungsmitglied des Netzwerks Zukunftszentrum und hat von Anfang an die hallesche Bewerbung um das Zukunftszentrum aktiv und mit eigenen Veranstaltungen unterstützt. Auch EUD-Präsident Rainer Wieland ist Botschafter für das Zukunftszentrum, wie auch unser Vorsitzender Dr. Alexander Vogt und der stellv. Vorsitzende David Horn.

Den halleschen Zuschlag für das Zukunftszentrum haben wir am 28. März bei unserem Frühjahrsempfang mit Walking Dinner und baschkirischem Gesang im Stadtmuseum Halle gebührend gefeiert.

Verantwortlich: Sandra Schaffert

Rheinland-Pfalz

Mainz

Befragung der Oberbürgermeister-Kandidaten: Welche ist die jüngste der europäischen Städtepartnerschaften mit Mainz? Gemessen an den Quadratkilometern ist welche Stadt die Größte – Athen, Mainz, Paris oder Riga? Diesen Fragen eines Kahoot Quiz und anderen Themen zu „Mainz in Europa“ stellten sich die Oberbürgermeister-Kandidaten

Nino Haase und Christian Viering in der Woche vor der Stichwahl in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. Der Veranstaltungsort, das Gutenberg Digital Hub, war randvoll mit Interessierten, die wissen wollten, wie es die beiden Kandidaten mit Europa halten. Die rund 100 Personen hatten nicht nur die Gelegenheit, sich bei einem Glas Wein und Fingerfood über europäische Themen auszutauschen, auch konnten sie im Quiz mit den Kandidaten mitraten und waren über manche Antworten erstaunt. Die Ansichten der beiden Kandidaten für

mehr Europa in Mainz waren sehr spannend und gaben den Zuhörenden Einblick in deren politische Vorstellungen für die Stadt. Für die Europa-Union Mainz war die Veranstaltung ein voller Erfolg, mit der sie ihren Bekanntheitsgrad ausbauen und für europäische Themen sensibilisieren konnte. Ein besonderer Dank gilt dem Kreisvorstand für das großartige Teamwork sowie dem Europe Direct Büro in Ingelheim für die Unterstützung unserer Arbeit.



Seinen Dank an die beiden Kandidaten Nino Haase (l.) und Christian Viering (2. v. r.) verband Kreisvorsitzender Gerd Schneider (r.) mit einer Einladung zur Mitgliedschaft in der Europa-Union. Ebenfalls im Bild: Moderatorin Annika Sinner



Landesgeschäftsführerin Lisa Mandau führte durch das Mainzer Europa-Quiz.

Beide Fotos: Jörn Hildner

Kaiserslautern

Die Zisterzienser – ein europäischer Orden: Am 12.11. lud die Europa-Union Kaiserslautern zusammen mit dem Historischen Verein der Pfalz – Ortsgruppe Otterberg und dem Europe Direkt Informationszentrum Kaiserslautern zu einem Vortrag über das Wirken der Zisterzienser in Otterberg ein. Referent Jürgen Keddigkeit, Historiker und früherer Abteilungsleiter am Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern, arbeitete sich von der Gründungsphase bis zur Aufgabe des Klosters durch die Geschichte des Otterberger Ablegers des burgundischen Ordens. Dabei zeichnete er nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung des Klosters und die Gründe für den Niedergang der Otterberger Abtei nach, sondern stellte auch die vielfältigen Verbindungen innerhalb des Ordens heraus.

Dem Grußwort von Stadtbürgermeisterin Martina Stein sollte sich eigentlich ein Grußwort ihres Amtskollegen aus der burgundischen Partnerstadt Otterbergs anschließen; leider musste sich Stadtbürgermeister Dominique Lotte aus Gueugnon jedoch kurzfristig entschuldigen lassen. Dennoch ist mit der Veranstaltung, die durch den Deutsch-Französischen Bürgerfonds großzügig unterstützt wurde, ein Zeichen für die Wiederaufnahme der städtepartnerschaftlichen Beziehungen zwischen Otterberg und Gueugnon gelungen, das hoffentlich bald Früchte trägt.

Verantwortlich: Lisa Mandau

Schleswig-Holstein

Auftakt der Europa-Planspiele

Frustration und Begeisterung liegen in der Politik oft dicht beieinander – diese Erfahrung haben knapp 30 Schülerinnen und Schüler der *Schule am Meer* in Büsum gemacht. Während eines zweitägigen Planspiels vom 18. bis 19. Januar zur Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union schlüpfen die Jugendlichen in Zweier-Teams in die Rollen der EU-Staats- und Regierungschefs, um das überkommene Dublin-System zur Aufnahme geflüchteter Menschen in Europa zu reformieren. Der erste Tag begann mit einer Einführung in die Grundlagen europäischer Politik, einer Einarbeitung in die Rollen und die Positionen der verschiedenen Mitgliedsländer sowie einer ersten Verhandlungsrunde, bei der es zum Teil hoch herging. Vor allem die Vertreterinnen und Vertreter Schwedens, Frankreichs, Österreichs und Griechenlands gaben sich dabei wortgewandt und unnachgiebig.

Nach einem spielerischen Einstieg mit einem interaktiven Quiz ging es dann am zweiten Tag ans Eingemachte: Nach erneut harten Verhandlungen wurden Angebote und Kompromisse gemacht. Dabei gab es zum Teil sehr kreative Vorschläge für einen Verteilschlüssel in der EU sowie einer

Neuaufstellung der Grenzschutzagentur Frontex. Dennoch – wie leider der Realität entsprechend – gab es am Ende keine Einigung. Obwohl sich selbst Polen und Ungarn ungewöhnlich kompromissbereit zeigten, scheiterte eine Reform letztendlich am Veto Griechenlands. Stichwort: #NoVeto!

Dennoch waren sich die Schülerinnen und Schüler am Ende einig, dass das Planspiel für eine Auseinandersetzung mit der Politik begeistern konnte und Verständnis für das zähe Ringen um die besten Argumente in der europäischen Demokratie geweckt hat. Die europapolitischen Planspiele der Europa-Union bleiben zudem sehr gefragt: Weitere Anfragen für Planspiele in diesem Jahr liegen bereits vor. Darüber hinaus findet unsere Europa-Klassenfahrt in die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte nach Bad Malente statt. Insgesamt vier Oberstufenklassen werden daran teilnehmen.

Neustart in Norderstedt

Nach drei belastenden und kräfteaufwendenden Corona-Jahren startet die Norderstedter Europa-Union wieder durch. Am 1. Februar ist in dem Ortsverband ein neuer Vorstand gewählt worden, der nun mit Motivation und Rückenwind vom Landesverband SH die Arbeit aufnimmt. Für die Leitung der Mitgliederversammlung konnte der Ortsverband seinen Landesvorsitzenden, den ehemaligen Europa- und



Uwe Döring, Joachim Brunkhorst, Rafal Rydz, Heinz-Werner Tydemers (v. l.)

Justizminister Uwe Döring, gewinnen. Er wartete gleich mit einem attraktiven Vorschlag auf: Den Europa-Tag am 9. Mai möchte die Schleswig-Holsteiner Europa-Union in Norderstedt feiern – mit einer animierenden Präsentation und einer Diskussion mit Schülerinnen und Schülern über die Politik der EU in Zeiten von Krieg und Krise. Die Planungen dafür laufen bereits auf Hochtouren. Zum neuen Ortsvorsitzenden in Norderstedt wählte die Mitgliederversammlung einstimmig den leidenschaftlichen Europäer Rafał Rydz. Zur Wiederbelebung des Ortsverbandes machte der 54-Jährige mit polnischen Wurzeln bereits eine Reihe von Vorschlägen für interessante Veranstaltungen, darunter ein regelmäßiges Europa-Treffen für die Mitglieder, zu dem auch Gäste aus Politik und Zivilgesellschaft eingeladen werden sollen, sowie eine Stärkung der Beziehungen zu Partnerorganisationen und zu den Schulen. Als Stellvertreter steht dem neuen Vorsitzenden das langjährige Mitglied Heinz-Werner Tydemers zur Seite, der sich als Reise-Experte um Fahrten mit europäischer Thematik kümmert. Joachim Brunkhorst, Vorsitzender bis 2020, unterstützt den Vorstand als neuer Schatzmeister. Gisela Kummerow und der frühere Landtagsabgeordnete Manfred Ritzek werden künftig die Kasse prüfen.

Für Rafał Rydz ist klar, dass die Wiederbelebung des Ortsverbandes Norderstedt, der einmal zu den mitgliederstärksten in Schleswig-Holstein gehörte, viel Geduld und Arbeit erfordert, aber die Motivation stimmt: „Wir würden uns sehr über das Engagement der Norderstedter für die europäische Idee freuen – vor allem von Seiten junger Europäerinnen und Europäern. Europa ist es wert“, so Rydz.



Planspiel in Büsum

Beide Fotos: EUD Schleswig-Holstein

Verantwortlich: Ralf Rose

Berlin

Europa-Frühstück im Abgeordnetenhaus

Ende Januar 2023 traf sich die EUB-Parlamentarier*innengruppe im Berliner Abgeordnetenhaus zu einem Frühstück. Obwohl alle Abgeordneten mitten im Wahlkampf steckten, fanden viele unserer Mitglieder mit Mandat den Weg zu Kaffee, Obst und belegten Brötchen – denn der interfraktionelle Austausch soll auch in diesen bewegten Zeiten nicht zu kurz kommen. Und: Sie kamen vor allem, um sich mit der Staatsministerin für Europa und Klima, Dr. Anna Lührmann MdB, auszutauschen. Vorab begrüßten die Co-Sprecher*innen Silke Gebel MdA und Stefan Evers MdA sowie der Parlamentspräsident Dennis Buchner MdA die Anwesenden. Die Kürze der Zeit reichte kaum für die Vielzahl an Themen aus – Russlands Angriffskrieg auf



EUB-Co-Vorsitzende Katharina Borngässer (l.) mit Staatsministerin Dr. Anna Lührmann
Foto: Alessandro Hammerstaedt/EUB

die Ukraine und seine Folgen, das Verhältnis zwischen EU und USA, EU-Erweiterung, aber auch Reformpläne und -möglichkeiten sowie

die Stärkung von europäischen Städte- und Bezirkspartnerschaften wurden diskutiert.

Nach der Wiederholungswahl am 12. Februar konstituierte sich das Abgeordnetenhaus neu. Und auch für unsere Parlamentarier*innengruppe bedeutet dies einen Neustart, den wir bereits planen. Denn unsere politischen Forderungen gelten weiterhin – allem voran braucht Berlin endlich eine Europa-Strategie. Diese muss durch zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Europa-Union miterarbeitet werden. Hierfür setzt sich die EUB unter dem Motto #AuftragEuropa in der laufenden Legislaturperiode weiterhin ein – wenn auch mit einer voraussichtlich anderen Regierungskoalition und neu verhandeltem Koalitionsvertrag –, gemeinsam mit unserer Parlamentarier*innengruppe und mit anderen Gleichgesinnten in Politik und Zivilgesellschaft.

Verantwortlich:
Katharina Borngässer/Lisa Kühn

Brandenburg

Sternstunde für Europa in Oberhavel

Am 13. Dezember gründete sich in Oranienburg die Europa-Union Oberhavel. Sie ist der vierte Kreisverband im Land Brandenburg. „Das ist eine Sternstunde für mich. Wir brauchen den Einsatz für Europa heute mehr denn je“, sagte die Landesvorsitzende, Dr. Mechthild Baumann, bei der Gründungsveranstaltung im Oranienwerk. Elf Mitglieder waren dabei zugegen und unterzeichneten die Satzung des Kreisverbands Oberhavel, der nun als Verein in Gründung firmiert.

Zu Co-Vorsitzenden wählten die Anwesenden Evelyn Steffens aus Falkensee und Marcel Ruffert aus Velten. Beide hatten die Gründung des Kreisverbands maßgeblich vorangetrieben und sind bereits länger in der Europa-Union Brandenburg engagiert. Weitere Vorstandsmitglieder sind Mona Schröder und Joachim Wolf (Stellvertretende Vorsitzende), Carsten Schneider (Schatzmeister), Birgit Köbling (Schriftführerin) sowie Michael Hiepel und Kai Stiegler (Beisitzer). Kassen-

prüfer sind Thomas von Gizycki und Dr. Ulrich Strempele.

„Wir wollen Europapolitik in Oberhavel sichtbar machen, weil wir wissen: Mitbestimmen können nur die, die auch mitwissen“, sagte Evelyn Steffens, und Marcel Ruffert ergänzte: „Wir sind in Oberhavel die Anlaufstelle für alle europainteressierten Menschen und für alle, die sich für ein geeintes und demokratisches Europa einsetzen wollen.“ Gefragt nach ihren Zielen, nennen die beiden den Einsatz für ein proeuropäisches und internationales bürgerschaftliches Zusammenleben, den kulturellen Austausch und die Begegnung im Landkreis – und nicht zuletzt die Idee des Europäischen Föderalismus in Oberhavel bekannter zu machen.

„Wir wollen dabei helfen, bestehende Vorurteile abzubauen, und die Distanz zwischen



Die anwesenden Gründungsmitglieder des KV Oberhavel mit der EUBB-Vorsitzenden Dr. Mechthild Baumann (3. v. l.) und Landesvorstandsmitglied Hans-Peter Pohl (2. v. r.)
Foto: Heiner Kindinger

den Bürger*innen und der Europäischen Union zu verringern – sowohl durch eigene Veranstaltungen als auch mit der Teilnahme an anderen politisch-gesellschaftlichen Formaten über Europa“, betonte Marcel Ruffert. „Wir werden über unsere Social-Media-Kanäle in regelmäßigen Abständen zu unseren Veranstaltungen einladen und freuen uns auf alle, die mitreden wollen“, so Evelyn Steffens. Der Vorstand ist schon in die Jahresplanung eingestiegen.

Verantwortlich: Mona Schröder